

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 07.09.2026

Zukunftsmodell statt Auslaufmodell: Beste Bildung – nachhaltig gemeinsam finanziert!

Gute und gleiche Bildungschancen für alle sind von zentraler Bedeutung für eine zukunftsfähige Gesellschaft – für mehr soziale Aufstiegschancen, mehr Wirtschaftswachstum und für eine stabile Demokratie. In Deutschland allerdings werden - das belegen internationale Studien wieder und wieder - die Bildungs- und Lebenschancen stärker als in fast allen anderen OECD-Staaten durch die soziale Herkunft bestimmt.

Das ist nicht allein ein Gerechtigkeitsproblem – es ist ein wirtschaftliches Problem, das sich mit konkreten Auswirkungen auf das BIP beziffern lässt – und es ist ein gesellschaftliches Problem, weil es bereits bei den Kindern die Weichen in Richtung gesellschaftliche Spaltung statt auf Zusammenhalt und Teilhabe für alle stellt.

Diese Unterschiede in den Bildungschancen beginnen häufig bereits vor der Einschulung. Der Staat muss deshalb früh ansetzen. Jedes Kind soll unabhängig davon, in welcher Familie es aufwächst, in welchem Ort es lebt oder wie viel seine Eltern verdienen, gute Chancen auf ein selbstbestimmtes, erfolgreiches und erfülltes Leben erhalten. Dafür brauchen Kinder gute Bildung, Familien verlässliche Unterstützung und Kitas einen festen Platz im öffentlichen Bildungssystem.

Gute Bildung braucht gute Kitas

Der entscheidende Hebel für bessere und gleiche Bildung liegt in der Kindertagesstätte. Hier können und müssen Nachteile bei den Startchancen so weit wie irgend möglich ausgeglichen werden – sonst verstärken sie sich mit jeder weiteren Stufe der Bildungsbiographie. Denn Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung. In den ersten Lebensjahren werden wichtige Grundlagen für Sprache, Selbstständigkeit, soziale Entwicklung, Bewegung und das weitere Lernen gelegt. Kitas sind deshalb die ersten öffentlichen Bildungsorte außerhalb der Familie. Hier können Benachteiligungen früh erkannt und ausgeglichen werden. Hier lernen Kinder, sich auszudrücken, zuzuhören, Rücksicht zu nehmen, Konflikte zu lösen und gemeinsam mit anderen die Welt zu entdecken. Gute frühkindliche Bildung stärkt Kinder in ihrer Persönlichkeit und verbessert ihre Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg.

In den letzten 20 Jahren haben wir viel zum Besseren verändert, auf Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Konsenses massiv in Kitas investiert, 2013 den Rechtsanspruch ab dem ersten Geburtstag eingeführt, Ausbildung und Bezahlung von Erzieher*innen verbessert, Kita-Gebühren schrittweise abgeschafft. Und doch fehlt ganz offensichtlich ein gemeinsames Verständnis darüber, was Kitas sein sollen: ein echter und ganz zentraler Teil des öffentlichen Bildungssystems - mehr als ein Ort der Verwahrung und mehr als ein Dienstleister, damit Mütter und Väter ihrer Erwerbsarbeit nachgehen können.

Die Gebührenfreiheit von Kitas angesichts knapper Kassen zum Auslaufmodell zu erklären, würde diese Entwicklung konterkarieren. Investitionen in mehr Plätze, mehr Qualität und die

Abschaffung von Elternbeiträgen sollten wir nicht gegeneinander ausspielen. Statt eine Bildungsinvestition zulasten einer anderen zu finanzieren, brauchen wir mehr Geld für Bildung! Um die Länder zu stärken, die maßgeblich für Bildung zuständig sind, wollen wir millionenschwere Vermögen und sehr große Erbschaften stärker in die Verantwortung nehmen. Dabei geht es ausdrücklich nicht um das selbstgenutzte Eigenheim, normale Ersparnisse oder das über Generationen aufgebaute Eigentum der breiten Mitte. Kleine und mittlere Erbschaften wollen wir schützen. Unser Ziel ist vielmehr, Privilegien bei der Übertragung sehr großer Vermögen abzubauen und so zusätzliche Einnahmen für bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.

Gebührenfreiheit schafft Zugang und Gerechtigkeit

Gute vorschulische Bildungsangebote sind die zentrale Voraussetzung, damit Eltern ihren Alltag zwischen Beruf und Familie gut bewältigen können. Familien müssen sich auf ihre Kitas verlassen können, in zeitlicher und in qualitativer Hinsicht. Und: Dafür darf es keine finanziellen Hürden geben.

Denn: Wenn eine Familie mit zwei Kindern im Vorschulalter mancherorts nur für die Kita 500 Euro oder mehr im Monat aufbringen muss, dann frisst das jede Lohnerhöhung oder Ausweitung der Arbeitszeit – und das für viele Jahre, von der Krippe bis zum Hort. 500 Euro im Monat sind auch ein Grund, warum es Eltern oft für vernünftiger halten, die Kinder länger zuhause zu betreuen – in den meisten Fällen durch die Mutter, die es dann später bei der Rückkehr in den Beruf doppelt schwer hat und weniger Rentenansprüche sammelt. Dieser Fehlanreiz bleibt für Familien mit mittleren Einkommen auch bei einkommensgestaffelten Kita-Beiträgen.

Beispiele wie Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und zukünftig das Saarland, wo die Landesregierungen die Beitragsfreiheit bereits eingeführt bzw. beschlossen haben, zeigen, dass Gebührenfreiheit zugleich Bildungspolitik, Familienpolitik und Gleichstellungspolitik ist. Sie entlastet Familien direkt und verlässlich. Sie verhindert, dass Kinder aus finanziellen Gründen später oder gar nicht an frühkindlicher Bildung teilhaben. Und sie stärkt die selbstbestimmte Lebens- und Erwerbsplanung von Eltern. Bildung von der Kita bis zur Ausbildung, zum Meister oder Master muss deshalb flächendeckend schrittweise gebührenfrei werden. Was für Schule, Ausbildung und Studium gilt, muss auch für den ersten Bildungsort gelten: Der Zugang darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Gute Kitas für alle stärken Zusammenhalt – von Anfang an

Nicht allein für die Bildungschancen, auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es ein großer Gewinn, wenn sich in den Kindertagesstätten Kinder aus allen Teilen der Gesellschaft begegnen und von Anfang an voneinander lernen und miteinander aufwachsen. Öffentliche Kitas und Schulen sind Orte der Begegnung, der Integration und des sozialen Miteinanders. Hier erleben Kinder Vielfalt, schließen Freundschaften und lernen, füreinander Verantwortung zu übernehmen. Sie sind damit nicht nur zentrale Bildungseinrichtungen, sondern tragende Säulen unserer Demokratie.

Eine Gesellschaft, in der Kinder früh voneinander getrennt aufwachsen und Bildung zunehmend vom Einkommen der Eltern abhängt, wird ungleicher. Eine Gesellschaft, die allen Kindern Zugang zu guten öffentlichen Bildungsangeboten ermöglicht, stärkt Zusammenhalt

und Aufstiegschancen. Gebührenfreie Kitas sind deshalb auch ein Bekenntnis zu einer solidarischen Gesellschaft.

Worauf es jetzt ankommt

1. **Beste Bildung nachhaltig gemeinsam finanzieren – millionenschwere Vermögen stärker beteiligen:** Beste Bildung für alle von Anfang an braucht eine kraftvolle und nachhaltige gesamtstaatliche Finanzierung. Dafür wollen wir diejenigen stärker in die Verantwortung nehmen, die millionenschwere Vermögen erben oder geschenkt bekommen. Für uns ist dabei klar: Das Eigenheim der Familie, normale Ersparnisse und kleine und mittlere Erbschaften sind nicht gemeint. Sie sollen geschützt bleiben. Handlungsbedarf besteht dort, wo aufgrund weitreichender Sonderregelungen Vermögen in Millionen- und Milliardenhöhe nahezu steuerfrei übertragen werden können. Diese Privilegien wollen wir abbauen. Wer ein sehr großes Vermögen erbt, kann einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Die zusätzlichen Einnahmen wollen wir gezielt in bessere Bildung und damit in die Zukunft aller Kinder investieren.
2. **Frühen Bildungserfolg sichern:** Kein Kind soll ohne die nötigen Grundfertigkeiten in die Schule starten – und keines die Grundschule verlassen, ohne ausreichend sprechen, zuhören, lesen, schreiben und rechnen zu können. Mit vier Jahren muss der Entwicklungsstand aller Kinder festgestellt werden (sprachliche und motorische Fähigkeiten) und wenn nötig eine verpflichtende, verbindliche Förderung im Jahr vor der Schule erfolgen. Kitas in benachteiligten Lagen brauchen wie die Schulen im Startchancenprogramm eine gezieltere Förderung. Hier sind Bund und Länder – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam gefragt. Das Gesetz zur Verbesserung der Startchancen von Kindern und zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung ist dafür ein guter Anfang – mit einem Gesamtvolumen von gut 9 Mrd. Euro für die Dauer von 8 Jahren beginnend ab dem kommenden Jahr.
3. **Mehr Kita-Plätze, bessere Qualität und schrittweise Gebührenfreiheit weiter fördern:** Wir unterstützen ausdrücklich all jene Länder und Kommunen, die in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um Kita-Gebühren ganz oder teilweise abzuschaffen – aus eigenen Mitteln oder auch mit denen des Bundes. Der Bund leistet seinen Beitrag, indem er Länder und Kommunen in dieser Legislaturperiode weiterhin mit vielen Milliarden Euro dabei hilft, Kindertagesstätten auszubauen oder zu sanieren und in bessere Qualität der frühen Bildung zu investieren. Der richtige Schritt im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens wäre es, Schritte zur Gebührenfreiheit bzw. die Gebührenfreiheit an sich wieder in den Katalog der förderfähigen Qualitätsmerkmale aufzunehmen.